

Neue Gebühren ab 1. Juli 2025: Reisepass, Führerschein und E-Card teurer!

Ab 1. Juli 2025 steigen die Gebühren für Reisepässe, Führerscheine und E-Cards in Österreich erheblich.



Österreich - Ab dem 1. Juli 2025 treten in Österreich umfassende Gebührenerhöhungen für verschiedene amtliche Dokumente und Dienstleistungen in Kraft. Allein die Kosten für Reisepässe, Führerscheine und die E-Card werden erheblich steigen, nachdem die letzte Anpassung der Gebühren im Jahr 2011 stattfand und seither eine Inflation von 48,2 % zu verzeichnen ist, wie **vol.at** berichtet.

Die neuen Preise setzen sich wie folgt zusammen:

Dokument/Dienstleistung	Neue Gebühr (Euro)	Vorherige Gebühr (Euro)

Reisepass	112	76
Personalausweis	91	62
Führerschein	90	61
Zulassungsschein	178	120
Eheschließung	74	50
Namensänderung	567	383
Staatsbürgerschafts antrag	1.488	1.115
Waffenbesitzkarte	110	74
Waffenpass	175	118

Änderungen bei der E-Card

Die jährliche Servicegebühr für die E-Card wird von 13,8 Euro auf 25 Euro angehoben. Ab dem Jahr 2026 sind auch Pensionisten von dieser Gebühr betroffen, was für zusätzliche Diskussionen sorgt. Diese Änderungen sind Teil eines umfassenderen Budgets, das der Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) vorgestellt hat. In diesem Rahmen wird ein Drittel der Einsparungen durch Einnahmenerhöhungen erzielt, was zu den vorgenommenen Preiserhöhungen geführt hat, so **gemeindebund.at**.

Zusätzlich zu den Erhöhungen bei den Gebühren für amtliche Dokumente wurden auch die Selbstbehalte für Krankentransporte wieder eingeführt. Diese betragen 7,55 Euro für Transporte ohne Sanitäter und 15,10 Euro für Transporte mit Sanitätern. Bestimmte medizinisch notwendige Fahrten bleiben jedoch weiterhin kostenlos.

Erhöhung der Tabaksteuer und weitere Gebühren

Die bevorstehenden Gebührenerhöhungen werden auch von einer Anhebung der Tabaksteuer begleitet, was zu Preiserhöhungen bei Zigaretten führen wird. So hat Philip Morris bereits angekündigt, die Preise um 10 Cent pro Packung zu erhöhen, während ähnliche Maßnahmen von Japan Tobacco

International zu erwarten sind. Im April 2023 wurden auch Gerichtsgebühren um 23 % erhöht, was zusätzliche Kosten für Bürger bedeutet, die sich rechtlichen Angelegenheiten widmen müssen, wie von **orf.at** berichtet.

Insgesamt zeigen die geplanten Veränderungen, dass die Gebühren für Grunddienstleistungen in Österreich erheblich steigen, viele Bürger sehen sich dadurch einer größeren finanziellen Belastung ausgesetzt.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.vol.at • gemeindebund.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at